

Redaktion:
Wien, VI., Gumpendorferstraße 78.

Abonnement-Preise:
Für Oesterreich-Ungarn mit freier Postzusendung:
Halbjährig 80 kr.
Vierteljährig 40 kr.
Für Deutschland:
Vierteljährig (unter Ruverl) 70 kr. = Mark 1.20.
Für das übrige Ausland:
Vierteljährig 58 kr. = 1 Fr. 25 Cent.
Einzeln Exemplare 6 Kr.

„Die Zukunft“ erscheint an jedem 2. und 4. Donnerstag im Monat.
Knochenförmige Anzeigen sind postfrei.

Die Zukunft

Zentralorgan

der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs.

Proletariat aller Länder vereinigt Euch!

Administration u. Expedition:
Wien, VI., Gumpendorferstraße 78.

Inserzions-Gebühr:
Für Anzeigen von Parteigenossen
5 kr.
Für Anzeigen von Privatpersonen:
10 kr.
die dreimal gespaltene Zeile ober deren Raum.

Wir ersuchen bei allen Geldsendungen sich der Postanweisungen zu bedienen.

Manuskripte werden nicht zurückgegeben.

Nr. 44.

Wien, Donnerstag 28. Juli.

1881.

Parteigenossen! Vergesst der Familien der Inhaftierten nicht.

Oesterreichische Pressfreiheit.

„Es kommt selten etwas Besseres nach.“ Die Wahrheit dieses alten Sprichwortes hat sich uns neuerdings bestätigt. Es wird Niemand zu behaupten wagen, daß sich die sozialdemokratische Presse je einer besonders rücksichtsvollen Behandlung von Seite des Wiener Staatsanwaltes Grafen Lamezan zu erfreuen gehabt hätte und doch, nachdem der Herr Graf zu seiner — und wie wir glaubten, auch zu unserer — Erholung einen kleinen Urlaub angetreten hat, füllen wir uns schon zu der Einsicht gedrängt, daß der Schmied noch immer besser ist als der Schmiedl und warten schon mit wahrer Sehnsucht auf den Moment, wo der derzeitige Vertreter des Herrn Grafen, Staatsanwalt Dr. Pelsler, ebenfalls das Bedürfnis fühlen wird, etwas frische Luft zu schöpfen. Der letztgenannte Herr Staatsanwalt konfiszierte vorige Woche das hiesige sozialdemokratische Fachblatt der Metallarbeiter, in welchem er den Leitartikel „Freiheit und Sozialismus“, den Artikel „Haftpflicht her“ und einen Teil der Rundschau zu beanstanden gefunden hatte. Dem Redakteur des Fachblattes erklärte der Herr Staatsanwalt, daß er das Wort „Ausbeutung“ weder gesprochen, noch geschrieben dulden dürfe, verweigerte ihm die Ausfolgung einer Nummer mit Bezeichnung der inkriminierten Stellen und mutete ihm zu, sich diese Stellen, die er ihm zeigte, zu merken, wodurch die Veranstaltung einer zweiten Ausgabe unmöglich gemacht wurde. Es hätte ja leicht eine gestrichene Stelle oder ein ausgemerztes Wort stehen bleiben und das Blatt zum zweiten Male konfisziert werden können. Wir bemerken nur, daß uns vom Grafen Lamezan nach jeder Konfiskation eine Nummer mit genauer Bezeichnung aller beanstandeten Stellen ausgefolgt und so die rasche Veranstaltung einer zweiten Ausgabe ermöglicht wurde. Man sieht: es wird immer schöner!

An unsere Leser!

Die erste Ausgabe unserer heutigen Nummer wurde von der Staatsanwaltschaft mit Beschlagnahme belegt. Anlaß zur Beschlagnahme gaben die drei letzten Absätze des Artikels „Die Sozialdemokratie“, eine Notiz über eine polizeiliche Nachfrage in der Wohnung unseres Genossen Schnaubelt und ein von dem Reservisten Norbert Zoula eingesandter Bericht über seine in Prag erfolgte Verhaftung und Gefangenhaltung. Wir veranstalten diese zweite Ausgabe mit Hinzunahme der beanstandeten Stellen und ersuchen unsere Leser sich die verspätete Zusendung durch den hiedurch entstandenen Zeitverlust zu erklären.

Die Redaktion der „Zukunft“.

Die Sozialdemokratie

trägt ihre Prinzipien schon in ihrem Namen zur Schau und macht Front nach zwei Seiten der feindlichen Linien. Der bürgerlichen Demokratie gegenüber präzisiert sie ihren selbstständigen Standpunkt, indem sie ihre sozialen Forderungen an die Spitze stellt und damit bekennet, daß sie keine politische Partei im gemeinen Sinne des Wortes sei, sondern auf die Umgestaltung der materiellen Grundlagen des staatlichen Lebens abziele, welche für alle andern Parteien ein Nichts bilden. Jenen gegenüber aber, die zwar mit der gegenwärtigen Gestaltung des Wirtschaftslebens unzufrieden sind, die aber eine Veränderung derselben in engstirnigem Klasseninteresse herbeiwünschen und infolge dessen die absolutistische Regelung der ökonomischen Lebensbedingungen von oben herab anstreben, erhebt die Sozialdemokratie das Banner der Volkshoheit, indem sie nur jene Gesellschaftsorganisation akzeptiert, die auf der Gleichberechtigung aller Menschen basiert ist.

Bei der Klarheit der Prinzipien, die die Sozialdemokratie vertritt, und bei der Kühnheit, mit der sie ihre Grundzüge selbst dort ausspricht, wo auf deren Verbreitung harte Kerkerstrafen gesetzt sind, ist es um so verwerflicher, die Verleumdung auszustreuen, daß die Sozialdemokratie einen neuen Faschismus heraufbeschwöre und die politische Unabhängigkeit des Volkes bedrohe.

Wenn dieser Vorwurf dennoch so oft in den liberalen Blättern wiederkehrt, so kann man dies nur der bekann- ten Verlogenheit der liberalen Zeitungsschreiber einerseits und ihrer ebenso bekannten bodenlosen Unwissenheit in Bezug auf den Sozialismus andererseits zuschreiben. Keine Partei gewährt in ihren Grundzügen und in ihrem Streben solche Bürgschaften gegen politische Unterdrückung als die Sozialdemokratie; sie proklamirt nicht nur die Selbstherrschafft des Volkes in der reinsten Form, sondern sie umgibt dieselbe zugleich mit den stärksten Schutz- wehren gegen Verführung und Täuschung durch einzelne ehrgeizige Individuen, indem sie die unbefchränkte Frei- heit in Schrift und Wort für Jedermann in Anspruch nimmt und durch die Unentgeltlichkeit und allgemeine Zu- gänglichkeit des wissenschaftlichen Unterrichtes die Bildung des Volkes auf die höchste Stufe zu bringen und damit die politische Selbstbestimmung des Volkes herbeizuführen sucht.

Die Kleinbürgerliche Demokratie begeistert sich für eine leere Form und hat in ihrer politischen Naivetät meist keine Ahnung davon, daß sie einem Fantome nach- jagt, indem sie in einer aristokratisch organisierten Gesell- schaft einen demokratischen Staat zu verwirklichen sucht. Sie wundert sich, daß ihre Illusionen keinen Anhalt mehr finden und daß die politische Reaktion stetige Fort- schritte macht, während es doch bei einiger Einsicht in die Wechselwirkungen der ökonomischen und politischen Zustände einleuchten sollte, daß ohne eine Demokrati- sierung der Gesellschaft eine dauernde Demokratisierung des Staates eine Unmöglichkeit ist. Die Sozialdemokratie folgt damit nur einem logischen Zwange, wenn sie die sozialistische Seite ihres Strebens von der politischen nicht trennen läßt und dem Grundzuge huldigt: Alles oder nichts. Sie tritt damit in den schärfsten Gegensatz zu der modern gewordenen Halbheit, zu jenem gewissen- und grundlosigen Opportunismus, der das Parteileben unserer Zeit vergiftet und Viele, die nicht im Stande sind, wie Wetterfahnen sich nach dem jeweiligen Winde zu drehen, mit Ekel gegen die Politik erfüllt hat.

Fäulnis und Zerfetzung sind das Los aller Par- teien, die sich von Prinzipien abwenden und dem Kom- promisse und Schacher ergeben; die politische Geschichte unserer Tage ist reich an Beispielen, welche diese Tat- sache belegen, und es wird sich nur ein Urteil der Ge- schichte vollzogen haben, wenn man in Oesterreich und Deutschland nach wenigen Jahren die sogenannten Mittel- parteien zu den Toten legen wird.

Feuilleton.

Soziale Schattenseiten.

Aus dem steirischen Oberlande.

Es gibt wol kaum ein Dorf oder einen Markt- fleden, geschweige denn eine Stadt in unserm Heimats- lande, wo nicht allwöchentlich Vorkommnisse zu verzeichnen wären, welche an und für sich schon eine zwar stumme, aber doch so beredte und vernichtende Kritik auf die der- maligen sozialen Zu- , d. h. Mißstände führen. Wollte man an die Veröffentlichung aller solchen — wenn auch nur der bedeutsamen Fälle denken, so wäre die Unter- bringung in unseren Parteiorganen auch nur zum hundert- sten Teil eine Unmöglichkeit.

Aber so denkt ohnehin auch oft bei haarsträubenden Geschichten selten Jemand daran, solche (z. B. durch die Zeitungen) zu weiterer Kenntnis zu bringen, weil sich denn auch über die Moral solcher Fälle nur Wenige ein richtiges Urteil bilden können.

Die Aufgabe der „großen Presse“ ist es eben auch nicht, solche Bilder von der von ihr verteidigten „Ord- nung“ an die große Glocke zu hängen, und wenn sich die Herren Publizisten auch gedrungen fühlen, mit einzelnen derlei Stücklein die Popularität ihrer — Brotgeber aufzufrischen, so werden sie überdies von den Lesern als ungemütlicher Stoff meist zu wenig gewürdigt.

Letzteres ist jedenfalls bei den Lesern dieses Blattes nicht der Fall, welche sich die Dinge schon zu deuten wissen werden. Dies bewegt mich auch zu versuchen, Nachstehendes zur Veröffentlichung zu bringen.

Es sind besonders die im Winter so zahlreich vor- kommenden Fälle von Schädigungen und Tötungen durch Kohlenoxydgas, welche dem Menschenfreunde Stoff zum Denken geben können. Hier drei solcher Fälle aus dem steirischen Oberlande.

Es war im Jänner bei der strengen Kälte, als sich die vier Knechte des Wirtes vulgo Steiner in Predlitz bei Murau, durch die Kälte getrieben, den Ofen ihrer Kammer etwas stärker heizten als sonst, und sich dann zu Bette begaben. Als sie am nächsten Morgen nicht zur Arbeit erschienen, und man sie daher aufsuchen ging, fand man einen, dessen Bett zunächst dem Ofen stand, tot am Boden, und die drei andern im bewußtlosen Zustande im Bette liegend vor. Da man den Zug am Ofen nicht abgsperrt fand, so ergab sich lediglich der defekte Zustand der Heizvorrichtung als Ursache des Unglückes.

In Mich bei Fiding fand man am 30. Jänner morgens den 60jährigen Auszügler Paul Stringer in seinem Stübchen tot im Bette liegen.

Nach ärztlicher Untersuchung wurde als Todes- ursache das Einatmen von Kohlenoxydgas konstatiert und soll die Schuld ebenfalls an der schlechten Heiz- vorrichtung liegen, was auch als sicher anzunehmen ist, da das Gegenteil nicht konstatiert wurde.

In der vulgo Gaisbergerleiche in Pirn bei Liezen wohnt in einem Raume, wo sich kaum zwei Personen frei bewegen können, eine arme Nähterin. Darin befindet sich als Heizvorrichtung ein kleiner Sparherd, dessen Qualität man eben auch am besten fühlen kann, wenn man nämlich gezwungen ist zu heizen. So oft nun bei der Inwohnerin dieser Fall eintritt, hat sie das Ver- gnügen, ihre Gesundheit zu verpfänden und sich Kopfschmerzen, Schwindel, Uebigkeit u. dgl. auf den Hals zu laden. — Zweimal indeß bekam ihr die Sache ärger, indem ihr durch die Einwirkung des Kohlen- oxydgases abends bei der Arbeit das Bewußtsein in die Brüche ging, sie vom Sessel herabstürzte und am Boden bewußtlos und ohne Hilfe liegen blieb. Daß die Betroffene dabei nicht mehr weit vom „Jenseits“ sich befand, ist klar. Daß sie von der Sache ein Siechtum davontreibt, scheint ohnehin der Fall zu

sein, und wenn sie noch arbeitsfähig ist, so macht dies nur, weil sie selten „daheim“ ist. Ihren Quartiergeber kennzeichnet aber am besten dessen alberne Antwort auf die Beschwerde der Betroffenen: Einmal müßte sie ohne- hin sterben, und man habe übrigens den Papst auch ver- giftet wollen“).

Diese drei sonst verschiedenen Fälle, welche sich durch den Statisten beliebig vermehren lassen, haben das Eine gemein, daß selbe Blutvergiftungen durch Kohlenoxydgas involviren, und zwar nur urfächlich defekter, schlechter Heizvorrichtungen. Wenn es dabei auch ohne plötzlichen Tod abgeht, so kann man (und Schreiber dieses hat das an sich selbst er- fahren) unter Umständen noch Siechtum davontragen.

Es ist nun freilich leicht einzuwenden, die betroffenen Leute hätten in den gefährlichen Räumen nicht bleiben sollen u. c.; dem entgegen stehen aber teils die Unkenntnis der Gefahr, welche durch schlechte Ventilation der Heizung entstehen kann, sowie die privaten Verhältnisse, die man eben kennen muß. —

Auch von den Gemeindevorständen, kann man aus manchen Gründen eine entsprechende Sanitätskontrolle nicht verlangen, schon wegen der Feindschaften, die sich die ausübenden Organe in der Gemeinde zuziehen wür- den. Wenn sich nun auch der Herrgott nicht darum kümmert, so bleiben schließlich nur die staatlichen Be- hörden, respektive der Staat. Und damit wären wir auch hier bei dem Ausgangspunkt angelangt, zu dem wir beim Studium der sozialen Frage in allen Richtun- gen immer und immer wieder gelangen; jenes Schlag- wort, welches auch Lassalle zur Lösung seiner Propaganda

*) Es ist dabei zu bemerken, daß dieser Unmensch selbst Arbeiter und nebstdem ein religiöser Fanatiker ist. Den Mann aber für seinen — Charakter verantwortlich zu machen, wäre dennoch unbillig, da er nichts weiter ist, als das, wozu ihn die Er- ziehungsweise und die Umstände, welche von Jugend an auf ihn eingewirkt, gemacht haben.

Konfiszirt.

Italiens Aufschwung.

Als Italien endlich 1866 durch die Erwerbung des Königreiches Venedig den blutzeugenreichen Entwicklungsgang seiner Einheit abgeschlossen hatte, jauchzten eine Zeit lang hierländische amtliche Zeitungen und halbamtliche Rückschrittsblätter, daß die Steuern dort jetzt erst recht unerschwinglich wären, sowie, als Garibaldi seinen ruhmreichen Zug zur Befreiung Süditaliens antrat, dieselben Blätter die angeblich besseren Zustände dieses Landes gegenüber jenen Sardiniens in jeglicher Beziehung herausstreichten. Siehe da! der „Abenteurer“, der „Freibeuter“ Garibaldi, welcher mit nur tausend Rothhemden — deren Namen jetzt golden offen auf oder an den Rathhäusern der Vororte ihrer Heimatsgaue auf Marmor eingegraben — in Marsala landete, überwältigte die 150.000 Neapolitaner, soweit sie nicht zu ihm übergingen, in jenem ruhmvollen kurzen Feldzuge, der seinesgleichen wol nur in der Eroberung des großen persischen Reichs durch Alexander den Großen hat — so blühschnell war der Erfolg, so klein die Zahl der Eindringlinge im Verhältnis zu den Gegnern, so selten der ernstliche Widerstand! Nun hat sich gleichfalls gezeigt, daß die freiwillige Einigung des so vielfach bevorzugten Landes nötig war, um daselbe nach und nach zu Frankreichs Wohlstand zu bringen. Trotzdem die Auslagen für die Land- und Seeverteidigung in Italien bedeutend höher sind als in unserem Reiche, trotzdem die Staatsschuld in Folge der vielen italienischen Befreiungskriege und der reichlichen Vorrüstungen dazu bedeutend größere Auslagen fordert, trotzdem erst fünfzehn Jahre seit Abschluß der Einigung verlossen und dieses schöne Land — früher des deutschen Reiches Garten genannt — in Folge der Miswirtschaft und der Gedankenlosigkeit der ängstlich nur auf Erhaltung der stets schwankenden Herrschaft bedachten dortigen früherer Herrscher so bedeutend im Verkehrsweisen (Schiffahrt und Eisenbahn) und sonst in jeglicher Weise zurückgeblieben und mit dem furchtbarsten Räuber- und Bettlerunwesen belastet war, ist es der neuen Leitung doch gelungen, den Anbau und die Ausfuhr von Roherzeugnissen, besonders Trauben, Obst, Wein, sowie die Herstellung und gleichfalls die Ausfuhr von passenden Industrieerzeugnissen wesentlich zu heben, vor Allem aber ist es nicht möglich zu leugnen, daß die Steuern jetzt vermindert werden, die große Malssteuer, als vollständig abgeschafft sein und dieses — trotzdem das im Kriege ausgegebene Papiergeld eingezogen wird, woran bei uns Niemand denkt.

Unter den österreichischen, neapolitanischen, päpstlichen und bourbonischen Regierungen blieb dieses so viel bevorzugte Land zurück, jetzt erholt es sich und wird bald die Kosten der Befreiungskriege wenig empfinden, während die Vorteile derselben sich immer fülbarer machen müssen. — Dort ist soeben eine außerordentliche Vermehrung der Walberechtigten schnell durchgeführt worden, hier in unserer gefühnsten Klassenvertretung ließ selbst die Mehrheit ihren eigenen Antrag auf geringe Vermehrung der Wähler unerledigt.

Wir wünschten, man ahmte hier die italienischen Fortschritte im volkswirtschaftlichen Aufschwung und auf jedem Gebiete nach. Wird hier etwa bald die drückende

gemacht, und welches mehr Berechtigung hat als nur irgend ein anderes — Staatshilfe! — Und warum sollte jener Staat, der z. B. das Eigentum seiner Glieder schützt, nicht auch wenn möglich Gesundheit und Leben derselben schützen? Oder ist Gesundheit und Leben minder wichtig als Geld und Gut? — Warum sollte der Staat nicht zweckentsprechende Sanitätsbehörden einsetzen, welche u. A. dem Unwesen solcher Giftlöcher möglichst steuern könnten? — Berühren wir nun einen andern, ebenfalls viel tobtgeschwiegenen faulen Punkt der modernen Gesellschaft: die Armen- und Altersversorgung auf dem Lande.

Von anderen Seiten bin ich zwar hierüber wenig unterrichtet, (wird auch kaum viel bessere Gesichtspunkte weisen) was jedoch hiesige Gegend anbelangt, so ließen sich da Dinge erzählen, die wol oft mehr als traurig, die unmenschlich, barbarisch genannt werden müssen!

In den Landgemeinden, wo keine Armenhäuser bestehen, werden die „Einleger“ größtenteils in Ställen oder auf Futterböden untergebracht, und müssen tagsüber oft im Freien kampieren. Günstigenfalls bewohnen sie haufällige Hütten, sogenannte „Badstuben“, durch welche zumeist der Wind bläst. Kälte haben selbe genug zu vertragen und in manchem Hause gehts auch mit der Kost knapp und schlecht genug her! Gut und viel wird ja den Armen ohnehin nirgends verabreicht!

Folgende Tatsache diene zur Illustration dieser Armen-, respektive Sickenpflege. In Neuhäus bei Erdning wurde am 17. Jänner der 58 Jahr alte Gemeindevorstand Andreas Gruber in seiner Behausung, einer einsamen Hütte, als Leiche aufgefunden. Dieselbe war schon stark in Verwesung übergegangen, ließ aber noch erkennen, daß der Tod durch Erfrieren eingetreten sei.

Diese wenigen Worte sagen viel! Bei der strengen Kälte in Verwesung übergegangen!? Wie lange mag daher der Mann tot am Platze gelegen sein, ohne daß

Steinölsteuer abgeschafft oder dieselbe doch verdoppelt werden?

Ueber Mangel an Steuerzuwachs können wir uns ja hier ohnedies nie, insbesondere nicht in diesem Jahr beklagen und unsere Vertretung, wo vierzig Millionäre sitzen, hat durch den Ausschuß bereits die Zustimmung zur Verdopplung der Steinölsteuer mitgeteilt, denn — der Millionär füllt sie nicht, er brennt wenig Steinöl.

Politische Uebersicht.

Die Konfiszationen der deutschliberalen Blätter nehmen ihren regelmäßigen Verlauf und geben zu ebenjo regelmäßigen Wutausbrüchen der liberalen Journalisten Veranlassung; die „N. fr. Pr.“ versteigt sich sogar so weit, zu erklären, daß man bei dem in Oesterreich bestehenden objektiven Verfahren nicht wisse, was strafbar sei und was nicht. Nur schade, daß diese Erkenntnis dem Blatte erst jetzt kommt, da es selbst öfter konfiszirt wird, so lange das bloß Sozialisten und Lichchen passierte, hatte das ehrenwerte Blatt an dem objektiven Verfahren gar nichts auszusetzen, dessen Erfindung ja den Parteigenossen der „N. fr. Pr.“ zu verdanken ist.

Am 17. Juli fand in Krems ein Kleingewerbetag statt, in welchem die Beschränkung der Gewerbefreiheit, des Hausirwesens zc. in einer Resolution gefordert wurde. Die Herren haben bloß vergessen, zu beweisen, was das von ihnen Beschlossene dem Kleingewerbe nützen wird. Dabei waren sie wenigstens so bescheiden, Zwangsgenossenschaften bloß für die Gewerbsinhaber zu verlangen. Das Sonderbarste an der Versammlung war aber wol, daß der Abgeordnete Dr. Dienstl in seiner Begrüßungsrede als Bürgermeister von Krems vom bedrohten Deutschland sprach und die Versammelten zum Schutze desselben aufrief, welche Ansprache mit großem Beifalle aufgenommen wurde. Wir glaubten in unserer Einfachheit, daß die Herren zusammengekommen seien, weil das Kleingewerbe bedroht ist und bebauern sehr, uns hierin geirrt zu haben. Wenn die Herren sich einmal über den dort gesprochenen Unsinn klar geworden sein werden, wollen wir uns auch über das „bedrohte Deutschland“ mit ihnen auseinandersetzen; heute wäre das nutzlose Mühe.

Bei den Wahlen in den sächsischen Landtag haben die Sozialisten einen neuen Sitz erobert, indem zu den drei bisherigen sozialistischen Abgeordneten noch Bebel in Leipzig mit 1248 gegen 845 Stimmen gewählt wurde. Seine Wahl wird wegen angeblich zu geringer Steuerleistung angefochten. Die Liberalen haben außer dem einen Sitz, den sie an die Sozialisten abgeben mußten, noch mehrere Sitze an die Konservativen verloren. — Bei den bairischen Landtagswahlen haben die Ultramontanen mit großer Majorität gesiegt; sogar München ist diesmal nur durch klerikale Abgeordnete vertreten. Das sind die Früchte der liberalen Kompromißpolitik und Gefinnungslumperei. Wir erwähnen ausdrücklich, daß die stattgefundenen Landtagswahlen in Sachsen und Baiern Zensurwahlen waren, an denen die Arbeiter keinen Anteil haben.

Der jüngere Sohn des deutschen Reichskanzlers, Graf Wilhelm Bismarck, der auch Reichstagsabgeordneter ist, hat in einer Rede in einem konservativen Vereine Berlins den Belagerungszustand mit der Hundesperre verglichen und erklärt, man spüre ersteren weniger als den Uebelstand, die Hunde an der Leine führen zu müssen. Die fortschrittliche Presse bemerkt mit Recht, daß auf keine deutlichere Weise die Denkart der preussischen Junker klar gemacht werden konnte, als durch jene

sich ein menschliches Wesen um ihn kümmerte! Und kann hinter dem Erfrieren nicht noch Aergeres, — — Erhungern — Erdürsten — sterben? —

Wenn dem Unglücklichen z. B. eine Krankheit befallen hat, was sollte ohne äußere Hilfe aus ihm werden, als — elend umkommen?! Und wenn er auch nur erfroren ist, so zeigt dies auf einen schönen Grad von Kultur und Humanität: Gemeindevorstand einfach erfrieren zu lassen.

Und da soll es so ein Arbeiterinvalide noch für eine besondere Woltat ansehen, wenn er in die „Einlage“ aufgenommen wird. Man will ja oft nicht einmal absolut arbeitsunfähige Leute „einlegen“, noch schwerer solche, die „noch etwas zu brauchen“ sind. Und bei dem Massenüberschuß von Arbeitskräften ist die Zahl, — besonders älterer Leute, für welche am Tische der Natur nicht mehr gedeckt ist, welche nach Malthus kein Recht zum Dasein haben, geradezu eine erschreckende. —

Uebrigens gibt es auch in manchem Armenhause größerer Orte nichts weniger als kulturelle Zustände. So z. B. felt es an Ungeziefer selten, und unter den Insassen herrscht meist das Recht des Stärkeren. Mit wird selten einer darin, und ein Kranker ist so ziemlich verloren, wer aber nicht bald sterben will, dem kanns passieren — nun, im Armenhause zu Liegen ist es vor etwas über ein Jahr vorgekommen, daß ein paar Insassenweiber eine kranke Mitgenossin zu Tode prügeln! —

Die Bauern und Bürger des Mittelstandes und Einzelne desselben kann man indeß doch auch nur höchstens teilweise für solche Zustände verantwortlich machen, da die materielle Lage und der intellektuelle Zustand derselben bekanntermaßen auch dormalen nichts weniger als glänzend ist; es bleibt also hier auch nur ohne Wal das Mittel: Staatshilfe, spezifizirt in die Forderung: Uebernahme und Kontrolle der Armen-, resp. Invaliden- und Sickenversorgung durch den Staat.

Außerung, die an Gemeinheit und Fribolität Alles hinter sich läßt. Die Hundesperre drückender zu finden als die Ausweisung von ehrlichen Arbeitern, als die Vernichtung von hunderten menschlicher Existenzen, dazu gehört wahrlich eine beispiellose Gemeinheit der Gefinnung. Diese Rede sollte man als Walfugblatt verbreiten lassen, sie würde die „arbeiterfreundliche“ Politik des Fürsten Bismarck deutlicher illustriren, als die beste oppositionelle Rede. —

In dem großen Hochverratsprozesse, der bei dem Reichsgerichte in Leipzig gegen 25 Sozialisten angestrengt worden ist, wurde bereits die Anklageschrift den Angeklagten zugestellt. — Aus Leipzig und Umgegend sind neuerdings 22 Sozialisten ausgewiesen worden.

Der Züricher Kantonalrat erklärte sich für nicht kompetent, das Verbot der Regierung gegen den sozialistischen Weltkongreß aufzuheben und erklärte ferner, daß das Verbot nicht verfassungswidrig sei. Das Einberufungskomitee ergriff den Rekurs an das Bundesgericht und erließ ein Zirkular an die Teilnehmer am Kongresse, die definitive Erklärung bezüglich ihrer Teilnahme anzumelden.

Der belgische Ministerpräsident Frère Orban erklärte in der Sitzung der Deputiertenkammer am 12. Juli, daß die Walreform nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden dürfe und gelöst werden müsse. Infolge dessen stimmte die äußerste Linke mit Ausnahme des Deputierten von Mons, Desuissaux, der sein Mandat niederlegte, für den Regierungsentwurf über die Wahl der Provinzialräte. Der Antrag auf Ausdehnung des Stimmrechtes auf alle, die lesen und schreiben können, wurde an die Zentralkommission der Kammer verwiesen. Die Sozialisten von Mons schickten an den Deputierten Desuissaux ein Beglückwünschungsschreiben.

Bei der Ueberführung des Leichnams des Papstes Pius IX. in Rom in der Nacht auf den 13. Juli kam es zu Außerordnungen; die einen riefen: Es lebe Italien! die Teilnehmer des Leichenzuges: Es lebe der Papst!

In der Grafschaft Cork in Irland fanden am 17. Juli Massenversammlungen von irischen Feldarbeitern und Tagelöhnern statt, in welchen die Bildung eines Vereines beschlossen wurde, der für bessere Arbeiterwohnungen, achtstündige Arbeitszeit und einen Wochenlohn von acht Schillingen — 4 fl. in Gold — agitieren soll.

Das englische Unterhausmitglied Borkasse interpellirte am 21. Juli den Minister des Innern, ob er wisse, daß ein revolutionärer Kongreß in London tagte und am 18. Juli eine öffentliche Versammlung abgehalten habe, auf der alle Nationalitäten vertreten waren und in welcher jede Regierungsform verdammt wurde. Ob der Minister Schritte tun wolle, solche jede Ordnung gefährdenden Versammlungen zu unterdrücken oder zu verhindern. Minister Harcourt erklärte, daß der Bericht betreffs des revolutionären Kongresses nichts enthalte, was die Regierung zu einem Einschreiten veranlassen könnte.

Die bulgarische Nationalversammlung hat, wie vorausgesehen war, den Staatsstreich des Fürsten Alexander gutgeheißen.

Jesse Helfmann's Beurteilung zum Tode durch den Strang wurde durch kaiserlichen Befehl auf Grund eines Begnadigungsgerichtes zu lebenslänglicher Zwangsarbeit umgewandelt. So sieht die „Wilde“ des Zaren Alexander III. aus. — In der Nacht vom 10. auf den 11. Juli ermordeten die russischen Revolutionäre

Ich kann nicht schließen, ohne zu bemerken, daß die Tagespresse alle Ursache hätte, Notstandsbereiche nicht nur aus Steiermark und Böhmen, sondern auch einmal aus Tirol zu bringen; an Material hiezu felt es wahrlich nicht! So viel auch dessen zu berichten wäre, ich muß mich kurz fassen und den Raum dieses Blattes schonen.

Einheimische Leute, besonders z. B. Tagelöhner, im besten Alter, mit bester Arbeitskraft, welche früherer Jahre doch meist beschäftigt waren und von 90 kr. bis 1 fl. 20 kr. erhielten, irren jetzt oft monatelang ohne Beschäftigung umher, und erhalten in Arbeit höchstens 50, 70 bis 90 kr. per Tag — der Sommer ausgenommen. Und das sind die besten Arbeitskräfte! Ältere Leute, z. B. in den 50ern — deren es im Arbeiterstande freilich nicht sehr viele mehr gibt — können schon von Glück sagen, wenn sie noch Arbeit bekommen. Viele solche, die nicht eine Heimstatt und etwas Pflege haben, habern eine Weile mit dem Bettelstabe und gehen nach ziemlich kurzer Frist auf irgend eine Weise zu Grunde. Des Weiteren sind Weibspersonen, die Kinder haben, nicht zu beneiden. Bitteres Elend ist meist ihr Los, da man solche überhaupt nicht gern in Arbeit nimmt. Die Lebenshaltung der unteren Klasse ist auf das möglichst niederste Maß herabgesunken. Fleisch gehört zu den seltensten Nahrungsmitteln und kommt bei Manchem ein halbes Jahr und länger nicht auf den Tisch. Sauerkraut, Kartoffel und schwarzes Brot sind die hauptsächlichsten Artikel, die Leute gerade noch aufrecht zu halten und vor dem schnellen Verhungern zu schützen. Dabei nimmt die Unsicherheit, Nothheit und der Schnapsgegnuß stetig zu, und die Diebstähle und Gewalttätigkeiten zc. mehren sich.

Wenn es so fortgeht, so werden die steirischen Berge in nicht ferner Zeit statt derigen G. birgsgestalten ein dezimirtes, fisch und geistig gesunkenes Geschlecht von Schwächlingen aufweisen.

in Petersburg einen Geheimpolizisten, der sich als Spion eingeschmuggelt hatte und eben die Verhaftung der Versammelten abwartete, die er vorbereitet hatte. Keiner der Revolutionäre wurde festgenommen.

Aus Parteikreisen.

An meine Genossen!

Sie haben mir in letzter Zeit auf mehrfache Verdachtsmomente hin, Misstrauen entgegengebracht, was für mich um so schmerzlicher und kränkender sein mußte, als ich seit der Zeit, da ich mich selbst als für einen überzeugten Sozialisten hielt und nicht mit Unrecht auch von Ihnen als solcher betrachtet wurde, immer nur bestrebt war, nach Kräften an der Erreichung unserer gemeinsamen Ziele in reiblicher und ehrlicher Weise mitzuwirken.

Während dieser meiner Tätigkeit habe ich genugsam Erfahrung gemacht, um zu wissen, daß unser Kampf keine Don Quixoterie und der Weg, den wir zu wandeln haben, keineswegs mit Rosen bestreut ist.

Wenn es dennoch möglich war, von Ihrer Seite mit misstrauischen Widen betrachtet zu werden, so bedauert dies gewiß Niemand lebhafter als ich selbst, da bei dieser ganzen Affaire meine Ehre, das höchste Gut eines Menschen, engagiert erscheint und auch nicht Jeder, der sich zum strengsten Richter aufwirft, leidenschaftslos und gewissenhaft genug ist, ein gerechtes Urteil fällen zu können.

Zur Orientierung weniger eingeweihter Parteigenossen scheint es mir unerlässlich, die Entstehung und Entwicklung der ganzen Angelegenheit in kurzen Zügen hier anzuführen.

Es war ungefähr Mitte März l. J., als ich einen reformmandierten (anonimen) Brief zugelandet erhielt und worin mir der Antrag gemacht wurde, die Stelle eines sozialistischen Korrespondenten für ein größeres ausländisches Journal zu übernehmen. Ich erblickte in diesem Antrage nichts Anstößiges, da es ja schon öfter vorgekommen, daß Parteigenossen eine solche Tätigkeit ausübten, ohne deshalb von Jemanden einer Prinzipienverletzung geziehen worden zu sein. Allerdings war der Umstand, daß sich der Absender des Briefes hinter dem Schleier der Anonimität verbarg, etwas bedenklich, was mich aber auch veranlaßte, Genossen hievon Mitteilung zu machen und sie um ihre Meinung zu befragen. Letztere gipfelte in den Worten „ich solle tun, was mir gut dünkt“.

Nun schrieb ich an den Absender bewußten Briefes, er möge sich mir vorstellen und auch das Blatt, für welches ich zu schreiben hätte, bekanntgeben. Die Antwort hierauf lautete, „daß er gute Gründe habe, dies nicht zu tun“. Selbstverständlich drängte sich mir die Annahme auf, der Anonimus könne auch in „höherem Auftrage“ handeln, was mich zur äußersten Vorsicht bei Abfassung von Artikeln mahnte. Da ich jedoch dies nur vermuten konnte, nicht aber auch überzeugt davon war, wiegte ich mich sogar in dem süßen Wahne, selbst der Partei dadurch einen nicht unbedeutenden Dienst zu erweisen, wenn ich die Leser eines größeren Journalles — welche Annahme doch nicht a priori ausgeschlossen war — mit dem Sozialismus in näherer Bekanntschaft bringe. Demnach ist aber auch Alles, was ich geschrieben habe, für die Öffentlichkeit bestimmt gewesen.

Damit jedoch meine werten Genossen wissen, daß ich mich weder als blindes — noch als Werkzeug überhaupt gebrauchen, noch als „Gimpel auf dem Leim loden“ ließ, führe ich hier an, daß ich in meinem zweiten Antwortschreiben ausdrücklich bemerkte, gegen jeden anderen (als eben dem angegebenen) Hintergedanken mich genügend gewarnt zu fühlen“. Ferner verächtliche ich auch Genossen, „daß, sobald ich mich überzeugt halten zu können glaube, es stehe die P. . . dahinter, ich die eingegangene Verbindung sofort lösen werde“. Ich halte nun jetzt, gestützt auf folgenden Brief, den Vorberath des letzten Satzes für verwirklicht, welche Gestalt logischer Weise auch der Nachsatz annehmen mußte.

Dieser Brief lautet nun wörtlich:

„Gehrter Herr!

Soeben teilt man mir im Kaffeehause mit, daß in Böhmen eine Flugchrift in tschechischer Sprache von Sozialdemokraten verbreitet wurde, die in Wien gedruckt ist.

Ich ersuche Sie, mir mitzutheilen, und zwar in ausführlicher Darstellung, worin die Flugchriftenorganisation besteht, wer dieselben, sowohl deutsche als böhmische verfaßt, wo dieselben gedruckt und wie dieselben verbreitet werden.“

Ich habe im Vorstehenden die ganze Angelegenheit dar gelegt und übergebe es der öffentlichen Meinung, die sich nun nach strenger und gewissenhafter Prüfung ein Urteil darüber bilden kann.

Wien, am 1. Juli 1881.

Mit sozialdemokratischen Gruss

Dionys Zinner.

NB. Alle Partei- und arbeiterfreundlichen Blätter ersuche ich um gefälligen Nachdruck.

Zur Vervollständigung dieses Berichtes müssen wir anführen, daß Zinner nur den ersten Brief, den er erhalten, einigen Genossen gezeigt. Niemanden aber mitgeteilt hat, daß er noch weitere Briefe erhalten und daß er den gestellten Antrag angenommen habe. Ferner ist es notwendig zu wissen, daß Herr Zinner für seine Berichte an den Unbekannten einen Monatsgehalt von 200 Mark bezog und daß seine geheime Tätigkeit nur dadurch zur Kenntnis der Genossen gelangte, daß, während er verhaftet, verschiedene an ihn gerichtete Briefe in andere Hände kamen. Sonst schriebe Herr Zinner vielleicht noch heute für das „ausländische Blatt“.

Für uns geht aus dem Ganzen Folgendes hervor: Nachdem die Verbindung Zinner's mit dem Anonimus ohne Zustimmung der Partei eingeleitet und trotz der Mißbilligung seitens der letzteren fortgesetzt wurde, hat es sich als notwendig herausgestellt, Zinner so lange das Vertrauen der Partei zu entziehen, bis er seine Handlungsweise vollständig gerechtfertigt hat.

Sollte den Genossen die Schuld Zinner's aus den heute veröffentlichten Mitteilungen noch nicht genügend klargestellt erscheinen, so werden wir einen Auszug aus dem von Zinner mit dem Unbekannten geführten Briefwechsel veröffentlichen.

Konfiziert.

Die Anklage gegen Genossen H o z e (siehe letzte Nummer) wurde von der Staatsanwaltschaft zurückgezogen.

Genosse G o l n e r wurde vorigen Samstag aus der Haft entlassen.

Genosse J o s e f S o l a h a m e r in J n n s b r u d wurde am 15. Juli wegen Verbreitung verbotener Druckschriften (Verteidigungsrede von Dr. Rosenblatt im Kratauer Sozialistenprojekte) zu sechs Tagen Arrest verurteilt.

Wien. Am 17. Jänner 1881 zeigte der Genosse Kulmer, Obmann des Ersten steiermärkischen Arbeiterbund eine Volksversammlung mit folgender Tagesordnung an: 1. Besprechung über das Allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht und Beschlußfassung einer Zustimmungserklärung zu der vom Abgeordneten Schönerer beantragten Reichstagswahlordnung im Abgeordnetenhaus. 2. Besprechung und Beschlußfassung über die gegenwärtige Bauernbewegung und die Stellung der Arbeiter ihr gegenüber. Da aber die Versammlung von der Polizeibehörde untersagt wurde, ergriffen die Genossen Rekurs beim Ministerium des Innern, wo sie abermals abgewiesen wurden. Nun erhoben die Genossen Beschwerde beim Reichsgericht, da es nach diesem Verbote scheint, als ob einer bestimmten Klasse der Bevölkerung das politische Denken verwehrt und es schon als staatsgefährlich bezeichnet wurde, wenn diese Klasse zu irgend einer Frage nur Stellung nimmt. Da also die Genossen durch die Entscheidungen der Behörden die Gesetze verletzt sahen, welche einen Klassenunterschied nicht kennen, so wendete sich Genosse Kulmer und Genossen an das Reichsgericht, damit dieses eine Verletzung der verfassungsmäßig gewährtesten Rechte, insbesondere des im Art. 12 des St.-G.-G. vom 21. Dezember 1867, Nr. 142 des N.-G.-Bl. gewährtesten Versammlungsrechtes konstatiere und beauftrage mit ihrer Vertretung Herrn Dr. Sigmund Wolf-Eppinger. Die Verhandlung fand am 11. Juli statt und endete, wie wir schon mitteilten, mit der Zurückweisung der Beschwerde. Wir geben in Nachfolgendem einen Auszug aus der Rede Dr. Eppinger's. Dieselbe lautet:

Hohes Reichsgericht!

Es wird mir allseits und gewiß auch von Seite der verehrten Gegenseite — der hohen Regierung — zugegeben werden müssen, daß die Bestimmungen der europäischen Regierungen den Bestrebungen der Sozialdemokratie nicht günstig sind.

Wenn man auch nicht gemeinschaftliche Schritte, die auf Verträgen beruhen, eingeleitet hat, um die „gemeingefährlichen“ Bestrebungen zu bekämpfen, so kann doch auf eine stillschweigende Uebereinkunft in dieser Hinsicht geschlossen werden.

Es mag daher als schwierige Aufgabe erscheinen, in einer Zeit, wo „Verhaftungen von Sozialisten“ zur stehenden Zeitungsrubrik geworden, wo Hausdurchsuchungen, Verhaftungen, Zurückhaltung von Briefen, Entdeckungen von sozialistischen Geheimbünden und Verschwörungen, zum täglichen Brod der geplagten Polizeibehörde gehören, die Beschwerden eines Vereines und dessen Mitglieder zu vertreten, die in den Akten der löblichen Polizei, bei der wol nicht nur über Handlungen, sondern auch über die Gesinnungen der Staatsbürger Buch geführt wird, als Sozialdemokraten bezeichnet erscheinen.

Diese Schwierigkeit, hohes Reichsgericht, ist eine scheinbare und schreckt mich nicht. Wer die Entscheidungen dieses hohen Tribunals verfolgt hat, weiß, daß in der Ruhe und Würde dieses Ortes nicht die Leidenschaft der aufgeregten Parteien, aber auch niemals der Geist der Bevormundung und Unterdrückung Platz gefunden haben.

Mit der Zuversicht, daß ohne Rücksicht auf Person und Gesinnung des Beschwerdeführers, wieder nur das Recht gesucht und gefunden werden wird, gehe ich an die Begründung der Beschwerde meines Klienten.

Nach dieser Einleitung erörtert Dr. Eppinger die Frage der Legitimation zur Beschwerdeführung und erbringt aus dem Vereinsstatute den Nachweis, daß der Bundesrat zur Beschwerdeführung legitimiert erscheint.

Wenn diese Legitimation feststeht, dann handelt es sich um die Stichhaltigkeit des seitens der Behörden angegebenen Grundes des Verbotes.

Ein Grund aber sei in keinem einzigen der drei behördlichen Verbotserkenntnisse angegeben. Denn die Zitierung eines Gesetzesparagrafen kann doch nicht als Begründung angesehen werden.

Es sei also Sache des Ministeriums, heute Umstände anzuführen, welche beweisen, daß durch die Abhaltung der Versammlung die öffentliche Sicherheit oder das öffentliche Wol gefährdet worden wäre.

In dieser Hinsicht müßte das Reichsgericht aber auch berechtigt sein, zu prüfen, ob der seitens der Verwaltungsbehörden gegebene Schluss auf Gefährlichkeit an sich gerechtfertigt sei.

Der Redner sucht diese Anschauung aus dem Wortlaute des Gesetzes zu beweisen und bemerkt, daß eine gegenseitige Auffassung die Versammlungsfreiheit und jede Beschwerdeführung illusorisch machen würde.

Aber selbst wenn den Behörden ein freierer Spielraum in der Beurteilung eingeräumt wäre, so sei deren Ermessen niemals zu verwechseln mit dem Willkür.

Wenn daher nachgewiesen werde, daß in einem ähnlichen Falle, und unter viel schwierigeren und komplizierteren Verhältnissen die Abhaltung einer Volksversammlung nicht verboten wurde, so scheint der Beweis erbracht, daß auch im vorliegenden Falle kein Anlaß zum Verbote war.

Dr. Eppinger fährt hierauf wörtlich fort: „Dieser Fall unter weit schwierigeren und komplizierteren Verhältnissen ist die Volksversammlung beim Schwender im Jahre 1880.“

Ich kenne die Entstehungsgeschichte dieser Versammlung, die Vereinbarungen und Abmachungen, welche aus diesem Anlasse getroffen wurden. Wenn ich darauf verzichte, an dieser Stelle Enthüllungen darüber zu machen, so geschieht es in der Erwägung, daß dasjenige, was ich durch die Mitteilungen hierüber beweisen wollte, für jeden Einsichtigen ohnehin klar hervorgeht aus dem Anlasse der Versammlung, aus dem Zeitpunkt ihrer Abhaltung und aus den dieselbe begleitenden Verhältnissen.

Nur soviel sage ich und übernehme die volle Verantwortlichkeit hierfür: die Idee zur Abhaltung dieser Volksversammlung ging nicht aus dem Kreise der sozialdemokratischen Partei hervor. Man ist damit an die Führer dieser Partei heranzutreten, und diese haben natürlich die Gelegenheit, nach Jahren wieder einmal eine Veranlassung mit weittragendem politischen Programme abhalten zu können, gerne ergriffen.“

Der Redner schilbert nun die vollständig exzeptionelle Behandlung dieser Versammlung im Vergleiche mit früheren und späteren.

Schon der Gegenstand der Tagesordnung umfasse so ziemlich Alles, was in das Gebiet der Politik gehört. Diese nämlich: die Nationalitätenfrage, das Parlament und die politischen und wirtschaftlichen Forderungen des arbeitenden Volkes wurde in einer Versammlung von 4—6000 Menschen in der freiesten Weise diskutiert. Obwohl eine seit dem Jahre 1868 nicht dagewesene Redefreiheit herrschte und ein dreimaliges Hoch auf die Sozialdemokratie ausgebracht wurde, fand weder eine Auflösung noch sonst eine Beaufständigung statt.

Es wurde die bekannte Resolution, die heftige Ausfälle gegen die Verfassungspartei enthält, mit drei Amendements, u. zw.: 1. bezüglich der verhafteten Parteigenossen, 2. bezüglich des Briefgeheimnisses und 3. bezüglich der Bauernbewegung gefaßt.

„Und obwohl all dies,“ fährt der Redner fort, zu einer Zeit geschah, wo der deutsche Parteilag in Wien stattfand, gegen den die Spitze der Versammlung direkt gerichtet war, obwohl die Bevölkerung Wiens damals gewiß politisch erregt war, ist dennoch Alles anstandslos vorbeigegangen; die öffentliche Sicherheit

und das öffentliche Wol erlitten der hohen Regierung nicht gefährdet.

Und zwei Monate später wird in der kleineren Stadt, in viel ruhigerer Zeit, mit weit geringerer Arbeiterbevölkerung, eine Versammlung mit weit beschränkterer Tagesordnung, die ihre Spitze gegen Niemande lehrt, verboten.“

Der Redner gelangt daher zu dem Dilemma: Entweder sind im ersten Falle die Behörden ihrer Verpflichtung, für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit zu sorgen, nicht nachgekommen, oder sie haben im zweiten Falle nicht nach erfahrungsgemäß gerechtfertigten Ermessen, sondern nach Belieben gehandelt.

Diese Erwägung müsse von hoher Bedeutung für das Reichsgericht sein, da es den Grundfäßen des öffentlichen Vertrauens widersprechen würde, in dem einen Falle etwas als gefährlich zu erklären, was in dem anderen Falle gestattet wird, obwohl oder geradezu weil es sich gegen den politischen Gegner lehrt.

So sehr es zu bedauern ist, daß die sozialistische Bewegung bisher keine staatsmännische Würdigung gefunden hat, sondern immer nur mit polizeilichen Augen betrachtet und mit kleinen Polizeimitteln bekämpft wurde, so sicher ist es, daß ein solches Vorgehen nicht staatsmännisch ist.

Dem Redner scheint somit der Beweis erbracht zu sein, daß das hohe Ministerium keinen Anlaß hatte, die Versammlung zu verbieten. Somit sei der Artikel 12 des St.-G.-G. verletzt.

Dr. Eppinger schließt mit den Worten:

Hohes Reichsgericht!

Es war für die Vertretung der Beschwerdeführer die Verletzung naheliegend, diesen Anlaß zu benutzen, um eine ganze Reihe von Klagen, die zwar nicht in direktem Zusammenhange mit dieser Beschwerde stehen, die aber das Vorgehen der Behörden in den letzten Jahren gegen die sozialdemokratische Partei illustriren, hier vorzubringen. Wenn diese Stelle nicht dazu benützt wurde, so geschah es in der Ueberzeugung, daß in jedem einzelnen Falle der streng gesetzliche Weg — aber bis in den äußersten Konsequenzen durchgeführt — vollständig ausreicht, um die berechtigten Beschwerden zur vollen Geltung zu bringen.

Wenn mir seitens der Gegenpartei eingewendet werden sollte, daß dieser gesetzliche Weg nicht immer eingehalten würde, so muß ich dies zugeben, insofern sich auf die Autorität der Gerichte und deren Urteile berufen wird. Bemerken aber muß ich, daß im Allgemeinen auf zehn polizeiliche Hausdurchsuchungen und Verhaftungen gegen Sozialisten im Durchschnitt kaum eine Verurteilung kommt und daß die größere Anzahl der entdeckten Verschwörungen mit Verurteilung wegen geringfügiger Vergehen endigt, das insbesondere erst in jüngster Zeit eine von der Polizei entdeckte hochverräterische Verschwörung sich auf ein Vergehen gegen das Verbot herabqualifizierte.

Und die wirklichen Gesetzesübertretungen haben meiner Ueberzeugung nach in erster Linie ihren Entstehungsgrund darin, daß durch die fortwährende Wahrung des Sozialdemokraten jede Möglichkeit des gesetzlichen Bestandes entzogen wird. Es ist daher sehr begreiflich, daß sie nie und da den Boden des Gesetzes verlassen: Denn Versammlungen kann man verbieten, Vereine auflösen, Gesetzesübertretungen strafen, aber ungeheuer verbreitete Meinungen und mehr oder weniger berechtigte Wünsche kann man nicht unterdrücken.

Und da stelle ich lähnen die Behauptung auf, daß die freie Meinungsäußerung die beste Garantie für die Sicherheit der Staaten ist, daß die öffentliche Sicherheit es geradezu verlangt, diesen Meinungen die Möglichkeit des öffentlichen Hervortretens zu geben, damit sie öffentlich diskutierbar, insofern sie schädlich sind, bekämpft und vernichtet werden können. Denn freilich ist die Kontrolle der Polizei eine einfachere, die geheimen Bünde und Verschwörungen entfallen von selbst und das Sicherheitsventil, durch das die überschüssige Leidenschaft entweichen kann, ist stets geöffnet.

Ich hoffe, daß auch diese Erwägung vor dem hohen Reichsgerichte Gehör finden wird; daß aber auch der Umstand berücksichtigt werden wird, daß meine Klienten und deren Parteigenossen kein Wahlrecht besitzen, keine Mittel, um eine große Presse ihrer Parteirichtung zu erhalten, und daß daher ihr einziges politisches Recht (im engeren Sinne) das Vereins- und Versammlungsrecht um so mehr schutzbedürftig ist.

Ich bitte daher, der erhobenen Beschwerde vollinhaltlich stattzugeben.

Wien. Montag den 11. Juli fand in Jobel's

Saallokalitäten eine von zirka 2000 Personen besuchte Volksversammlung statt. Viele mußten wegen Raummangel wieder weagehen. Tagesordnung: Zur Nationalitätenfrage und die P. . . . Ins Präsidium wurden gewählt: Zu Vorsitzenden die Genossen Brandt (deutsch) und Brch (slawisch), als Schriftführer die Genossen Woz und Satiranda.

Der erste Redner, Genosse Hybes, spricht in slavischer Sprache. Worte Genossin! Wir sind heute eine große Pal von verschiedenen Nationen verjammelt, aber ich finde an keinem auch nicht die geringste Spur von Haß oder Verachtung gegen einen oder anderen Nationalität Angehörigen. Es zeigt sich hier klar und deutlich, daß wir mit den Prager Exzessen nichts gemein haben und selbe auch von unserer Seite verworfen werden. Uns bleibt sich das ganz gleich, ob jener ein Deutscher, Pole, Ungar oder Franzose ist, wir feinden ihn wegen seiner Nationalität nicht an, sondern wir gehen im Gegenteil, stets einig und mit vereinten Kräften vor, wo es gilt, die Interessen der arbeitenden Klasse zu vertreten. Wir haben keine Ursache, uns gegenseitig anzuseinden und halten uns an den Wahlspruch: „Bildung macht frei, Einigkeit stark“, denn nur einig und wenn wir eine unzerstrenbare Kette bilden, die allen Widerstand zu leisten vermag, können wir unser Ziel erreichen. Man hat versucht, auch Arbeiter zu bewegen, an den Exzessen in Prag teilzunehmen, es blieb kein Mittel unversucht, ja sogar Geld hat man ihnen geboten. Aber von unseren Reihen ließ sich keiner bewegen, und diejenigen, welche sich bestrehten ließen, waren nur solche, welche vermöge ihrer schwachen Denkkraft nicht beurteilen können wer in wahren Sinne ihre Unterdrücker sind. Der Redner wurde in seinen Ausführungen zweimal vom Polizeikommissär unterbrochen.

Als zweiter Redner sprach Genosse H o z e in deutscher Sprache. Er betont, daß der Haß in Prag nur ein künstlich erzeugter sei, welcher sowol von der liberalen wie auch von der kirchlichen Partei unter Mithilfe der Presse inszeniert worden ist. Daß die Hälfte von dem, was die liberale Presse über die Prager Vorgänge schreibt, eine Lüge ist, geht schon aus einem Fall hervor, wo sie geschrieben, daß ein Fabrikant sämtliche tschechische Arbeiter entlassen hätte, wie in Wirklichkeit aber nicht ein einziger entlassen worden ist. Man sieht also hier wieder klar die Lügenhaftigkeit und Korruption der Presse. Sie untergräbt nur die Interessen des Volkes, und verliert sie auch manchmal ein Wort zu Gunsten des Arbeiters, so geschieht es nur deshalb, um sich unter den Arbeitern

Vertrauen zu erwerben, um sie leichter auf Irrwege zu bringen und den Kapitalisten zur Ausbeutung zuführen zu können. (Bei dieser Stelle wird der Redner vom Regierungvertreter unterbrochen). Die liberale Presse war es, welche im Jahre 1873 in der Schwindelperiode die Hauptrolle spielte, indem sie Geld nahm und jeden Schwindel empfahl. Sie ist eine feile Dirne, welche unbekümmert um das allgemeine Wohl des Volkes sich zu jedem Schwindel kauft und arbeitet daher nur im Interesse der Kapitalisten, welche wieder nur Rechte für sich zu benützen wissen. Und gerade nur die Kapitalisten sind die Volksherrscher, denn diese Herren wissen sehr gut, daß, wenn sich die Völker einig sind, es mit ihrer Herrschaft vorbei ist.

Und um dies zu verhindern, hießen sie die Völker auf und jagen, daß Deutschland ist in Gefahr. Meine Herren, ich bin ein Wiener, aber ich finde nicht, daß das Deutschland in Gefahr ist, ich finde mich von keiner Seite bedroht und vertrage mich sehr gut mit meinen Nebenarbeitern, von denen der eine ein Böhme, der andere ein Pole und der dritte ein Ungar ist. Wir kennen daher keinen Haß und unser Lösungswort heißt: Bruderverliebe.

Als dritter Redner tritt ein Herr Leopold Sirk, Agent in Kolonial- und Südfrüchten, auf. Er hat seine Rede zu Papier gebracht und beginnt mit deren Verlesung. Er spricht sein Bedauern darüber aus, daß sich die Geschäftsleute so wenig mit den politischen Tagesfragen beschäftigen und meinen, Politik zu treiben, passe nur für „studirte Leute“. Er kommt auf die Tagespresse zu sprechen, in welcher er die Behandlung der meisten Fragen vermisst, an denen das Volk zunächst interessiert wäre. Der Redner wird, bevor er noch auf das eigentliche Thema seines Vortrags gekommen, vom Regierungvertreter mit der Motivierung, er spreche nicht zur Tagesordnung, zweimal unterbrochen und ihm schließlich das Wort entzogen.

Es sprechen noch die Genossen Kretschmer, Sattarweg, Formanek, Maurer, Baudisch und Hampel, alle im Sinne der ersten Redner.

Zum Schluß beantragte Hohe eine diebezügliche Resolution, welche von der Versammlung einstimmig angenommen wurde.

Die Versammlung verlief, obwohl der Vorsitzende aus Versehen es unterlassen hatte, Dobner zu ernennen, in vollkommener Ordnung und ohne die geringste Störung.

Aus dem Vereinsleben.

Baden. Gehehrter Herr Redakteur! Wie schon aus Nr. 41 dieses Blattes zu ersehen war, fand am 1. Mai l. J. eine Monatsversammlung des Arbeiter-Bildungsvereines in Baden statt, wo unter Anderm unter Punkt 3 ein Vortrag über Zweck und Nutzen des Vereines in deutscher und slavischer Sprache stattfinden sollte. Der Vortrag in slavischer Sprache wurde jedoch von der Bezirkshauptmannschaft mit der Motivierung verboten, daß „Verhandlungen in einer der Behörde, beziehungsweise dem intervenirenden Vertreter derselben, unverständlichen Sprache nicht zugelassen werden können, zumal die Landessprache in Niederösterreich die deutsche Sprache ist“. Dieses Verbot wurde von mir und Bernaschek in ganz harmloser Weise kritisiert, insofern dessen die Versammlung vom Regierungvertreter aufgelöst und gegen mich und Bernaschek die Untersuchung wegen Vergehen des §. 300 St.-G.-B. eingeleitet wurde; wir beschwerten uns gegen die Untersuchung bei der Ratkammer, jedoch ohne Erfolg. Am 30. Juni l. J. hatten wir eine Vorladung zum Bezirksgericht Baden (wegen Uebertretung des §. 21, respektive des §. 36 des Vereinsgesetzes) zur Schlussverhandlung; der Richter fragte, ob wir bei unserer Aussage verbleiben (ebenfalls jene, welche wir in der Voruntersuchung angegeben haben) und erklärte dem staatsanwaltschaftlichen Funktionär, er finde in dem zitierten Paragraph nichts Strafbares und auch in dem ganzen Vereinsangelegen nichts gegen uns, er müsse dafür ein freisprechendes Urteil fällen, welcher er seine Zustimmung gab, mithin wurden wir ohne Protokollaufnahme freigesprochen. Dies das Ende des ganzen Spektakels.
Joh. Dolla.

Wien. den 24. Juli 1881. Gehehrter Herr Redakteur! In Nr. 42 vom 23. Juni 1881 über den Generalversammlungsbericht des Gewerkschaftsvereines der Maurer- und Steinmetzgehilfen in Wien, ist folgender Irrtum richtig zu stellen. In dem Berichte über die abgehaltene Erpertise der niederösterreichischen Handels- und Gemeinbekamer zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer heißt es wörtlich: „Schaible (Obmann) habe berichtet über den mißlungenen Erfolg derselben“. Hier sei bemerkt, daß es heißen soll, daß bei den Fragen über die Zwangsangehörigkeiten, Arbeitsbücher etc. keine Einigung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu erzielen war, mit Ausnahme der Fragen über das Krankenunterstützungswesen, Invalidenklasse etc. In diesen Fragen waren die Arbeitgeber mit den Gehilfen vollkommen übereinstimmend.
J. Anort, Schriftführer.

Konfiziert.

Ausweise.

Nr. 99.

Für die Familien unserer verurteilten Parteigenossen sind ferner folgende Beiträge eingelaufen:

Die Noten in Hütteldorf 26, die Noten von Margareten 80, Grob 20, Sager 20, Neuwitz 10, Lubliner 10, Korwas 10, Neumama 10, Bernard 20, Lasnik 60, V. B. 20, J. Panowsky 20, Johann Knapp 1.—, M. Grass 10, Jitta 10, Grünbel 10, Brüder Prohaska 20, Johne 5, Gabel 10, Hajel 10, Kaspari 15, Woubrach 10, Stahny 10, Stredel 10, Eibl 10, durch Hollmann, Michl's Werkstätte, Josefstadt 1.—, das Erhaltungskomitee 1.60, Schuhmacher-Jahrbuch 8.96, Vriban 20, T.—b 60, M. Greiner 50, Kleeblatt in Weidling am Bach 60, Makulatur 23, Genossen Floridsdorf 2.10, Josef Hofmann 5, Sobotecky 20, Schenk 20, Kandler 5, Neumeister 10, Toal, Friedmann'sche Fabrik 50, Tischgesellschaft, Floridsdorf 66, Klemm 20, Kochstroh 20, Schneider-Jahrbuch 1.99, Bernard 20, Ludwig Epiststein 20, M. Till 20, mehr Licht 3.60, R. M. 1.—, Familie Hampel 40, St. Griffen 20, die Noten auf der Praterwiese 30, Johann Kretschmar, Siner, der Mitgefühl hat 1.—, Schubert 20, die Arbeiter von Paul 70, J. Franz 20, Kischami 5, Sandwirtsgasse 16 50, Seebacher 20, N. G. 40, die Noten am Neubau 4.52, die rote Familie 70, kleine Gesellschaft 1.18, Werkstätte Michl 1.40, Wastl 10, Wyzal 10, Dalkinsky 10, Behm 5, Schubert 10, Kassa 10, Schidla 5, Fabrik Schling 5.70, Werkstätte Wehr 2.40, Bartholomäus Thum, Gresten 20, Panomsky, Neugebein 20, H. Mittel, Marschendorf 40, Siebert, Al-Rohla 20, Eberhardt, Teufelbach 10, Batrm, Abmont 20, J. Jakob, Brunn 20, Genossen Hallstadt 2.10, J. Ent, Weisau 50, Gen. Enns 2.—, Kalla, Ketterungg 20. Summe 57 fl. 06 kr.

* Die eilf letzten Posten wurden in voriger Nummer irrthümlicherweise als zur Unterstützung des Blattes gehörig ausgewiesen.

Nr. 99.

Braum 40, Fnoch 10, Schneider-Jahrbuch 1.20, Troja 28, Silberstein 21, Nr. 329 15, Gartenfest, Floridsdorf 10.—, Schenk 20, Sobotecky 5, Kandler 5, Hofmann 5, Kochstroh 20, die Noten am Neubau 2.45, zwei Unverwundliche 40, R. Schlicht 10, Schwebel 10, Nr. 14 10, der Jankelhuber von Weidling 40, drei Reservisten 30, die Noten in der Einsiedelei 90, Schenk, Sobotecky, Fabianek, Kandler, Hofmann je 5, Hofmann 8, Sobotecky 5, Kandler 5, Schenk 5, Genossen Floridsdorf 1.80, Genossen Floridsdorf 2.60, Genossen Floridsdorf 2.—, die Noten von der Josefstadt 1.53, Hammerstein 10, Kraub 20, Walta 10, Hammer 10, für die Freiheit 10, Schw. 5, Hampel 40, M. Greiner 60, T.—b 30, die Noten in der Borzellangasse 1.70, Nawratil 3.—, Sirowaka 20, Kapla 10, die roten Spängler am Neubau 1.25, Gräser 40, die Nachlässigen am Fleischmarkt 2.—, die Kämpfer für Freiheit und Licht, vergessen die Drechsler nicht 1.20, Fuhschil 50, Lajclo 20, Duz 42, die Kämpfer für Freiheit und Licht, vergessen die Drechsler nicht 60, Fr. Brand, Paffendorf 36, Haubenhofer, Sinnerdorf 20, Weldenhan, Neichenberg 20, Genossen Wahr-Trübau 2.—, Karl Wolters in Werau 5.—, L. M. 50, drei Reservisten 30, Cambrinus bei der Koblgrängen 40, Tröcht 10, Powischel 15.
Summe 48 fl. 87 kr.

Parteigenossen! Laßt Euren Eifer für diese gute Sache nicht erkalten und fahrt fort eure Pflicht zu tun!
Mit sozialdemokratischen Gruß

Josef Hyses.

In Graz sind für die Familien der Inhaftirten eingelaufen: Von den Kleidermachern Klagenfurt bei Ueberföhlung des Lokales 1.50, Forstner 20, Thoman Kaspar 30, Traunig 30, Filial-Ausschuß der Allgemeinen Krankenkasse Kapfenberg 1.—, Tischgesellschaft in Stigenbrauer's Gasthaus in Villach 1.20, Genossen Wistabl 2.—, Hammer- und Glödengeellschaft in Graz, Motto: den Tyrannen unseren Haß, den Kämpfern für Freiheit und Brot unsere Unterstützung 7.—.
Summa 13 fl. 50 kr.

Briefkasten.

Redaktion: Viele Berichte und Einsendungen mußten wegen Raumangel für nächste Nummer zurückgelegt werden. — Adm. in str. a. z. Verein der Schuhmacher: Rest seit 1. Oktober 1880; abonniert bis Ende Juni 1881.

Ankündigungen.

Arbeiter-Bildungsverein in Wien.

Montag den 1. August, 8 Uhr abends, in Pilz' Bierhalle, 1. Bezirk, Babenbergerstraße, freie Vereinsversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag von Herrn Dr. Kronawetter „über das österreichische Staatsgrundgesetz“. 2. Zweck und Nutzen der Vereine. 3. Anträge und Interpellationen.

Uebersicht und Tätigkeit des Vereines:

Montag, in der Zentrale, von 8—9 Uhr Bibliothek.
Dienstag, in der Zentrale, von 1/8—1/10 Uhr abends, Elementarunterricht für Vorgeschriftene und Gesangsübung in Wüst's Gasthaus.
Mittwoch, in der Zentrale, von 1/8—1/10 Uhr Elementarunterricht für Anfänger, Ausschußsitzung von 8 Uhr an und Tanzunterricht in Wüst's Gasthaus, 6. Bez., Mollardgasse.
Donnerstag, in der Zentrale, von 1/8—1/10 Uhr abends, französischer Sprachunterricht für Vorgeschriftene, von 8 bis 9 Uhr abends, Bibliothek.
Freitag, in der Zentrale, von 1/8—1/10 Uhr abends, Elementarunterricht für Vorgeschriftene.
Samstag, in der Zentrale, von 1/8—1/9 Uhr abends, französischer Sprachunterricht, von 1/9—1/10 Uhr abends, Stilistik und von 8—9 Uhr abends, Bibliothek.
Einschreibungen finden täglich in der Zentrale, 7. Bez., Zieglergasse 25, statt.

Wien. Gewerkschaftsverein der Stularbeiter- und Arbeiterinnen Wiens. Jeden Dienstag Ausschußsitzung in der Zentrale in Herrn Gugl's Gasthaus „zur blauen Flasche“, Neufünfhauer, Junggasse 6. — 1. Besetzung: Fünfhauer, Sechshauer Hauptstraße in Faras' Gasthaus „zum weißen Adler“. — 2. Besetzung: Sechshauer, Whrgasse in Herrn Daubal's Gasthaus. — 3. Besetzung: Weidling, Ecke der Mißbach- und Vongasse in Herrn Schlemm's Gasthaus. Der Ausschuß.

Wien. Sonntag den 7. August, vormittags 9 Uhr, halbjährige Generalversammlung des Fortbildungs- und Unterstützungsvereines sämtlicher Musikinstrumentenmacher Wiens im Vereinslokale, 6. Bezirk, Magdalenenstraße 42, Gasthaus „zur Kettenbrücke“. Tagesordnung: 1. Bericht des Ausschusses und der Kontrolle. 2. Eventuelle Wahlen. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Anträge und Interpellationen.
Um zahlreichen Zuspruch ersucht Der Ausschuß.

Wien. Der „Arbeiter-Sängerbund“ veranstaltet am 30. Juli, eventuell am 6. August, in Herberstein's Gasthaus „zur blauen Kugel“, nächst der Gumpendorferlinie, ein Gartenfest, verbunden mit Tanztränzchen. Eintritt 10 kr. für Programm.

Wien. Sonntag den 31. Juli, 2 Uhr nachmittags, im Vereinslokale, 6. Bezirk, Dreihufeisengasse 13, Fortsetzung der Generalversammlung des Kranken- und Unterstützungsvereines für Holz- und deren Hilfsarbeiter männlichen und weiblichen Geschlechts. Tagesordnung: 3. Bericht des Komitees über die zehnjährige Tätigkeit des Vereines. 4. Anträge und Interpellationen. 5. Mitgliederangelegenheiten. 6. Ergänzungswahl des Ausschusses. [45]

Wien. Am 26. Juni wurde beim Ausfluge der Maurer und Steinmetze in Weidling am Bach ein silb. Uhrschlüssel gefunden. Der Verlufter möge sich im Vereinslokale obigen Vereines, 1. Bezirk, Bellariastr. 4, an Samstagen abholen.

Wien. Der Fachverein der Meerschäum- und Massfabrikanten Wiens hält Samstag den 30. Juli, abends, in Grob's Bierhalle, 6. Bezirk, Gumpendorferstraße 91, seine erste Monatsversammlung ab, wozu die Mitglieder zum zahlreichen Besuch eingeladen werden. 1. Rechenschaftsbericht des Ausschusses. 2. Anträge und Interpellationen. Gäste, von Mitgliedern eingeführt, haben Zutritt. [40]

Wien. Einladung zu den am Sonntag den 14. August in Sulti's Gasthausgarten „zur Latnerhütte“ in Liebhartsthal nächst Ottafing stattfindenden großen allgemeinen Arbeiter-Gartenfest, verbunden mit Konzert, Tanz, Gesang und Feuerwerk. Anfang 4 Uhr. Im Falle ungünstiger Witterung findet das Fest am 15. August statt. Frühergelöste Karten 15 kr., an der Kassa 20 kr. Das Komitee.

Wien. Sonntag den 31. Juli, 9 Uhr vormittags, im Hernauer Brauhaus, freie Versammlung der Maurer- und Steinmetzgehilfen. Tagesordnung: 1. Bericht des Gehilfenausschusses über das Kontinentwesen. 2. Anträge und Interpellationen.

Floridsdorf. Wir empfehlen den hiesigen Parteigenossen ihren Bedarf an

Brennmaterialien

bei den von der Nordbahn gemäßigten Genossen Karl Urbanek zu bestellen. Sein Holz- und Kolengeschäft befindet sich Floridsdorf, Schloßhoferstraße 20. Mehrere Parteigenossen.

Floridsdorf. Samstag den 30. Juli, 1/9 Uhr abends, in Veranel's Gasthaus, Floridsdorf, Hauptstr. 98, Generalversammlung des hiesigen Arbeiter-Bildungsvereines. — Tagesordnung: 1. Vereinsangelegenheiten. 2. Vortrag. — Mitglieder, erscheint zahlreich!

Wien. Allen Freunden und Genossen, von welchen ich nicht persönlich verabschiedet habe, rufe ich auf diesem Wege ein herzliches Lebewol zu. [20] Karl Wedra.

Allen Freunden und Genossen, von denen ich persönlich keinen Abschied nehmen konnte, sage ich ein herzliches Lebewol. [25] Mit Brudergruß Franz Hallada.

Teufelbach. Ich warne alle Genossen bei Herrn Anton Rauter, Schneidermeister, in Arbeit zu treten. [15] Friedrich Eberhart.

Sozialistische Bücher, Kalender, Zeitungen etc. wünscht zu tauschen, borgen, eventuell kaufen. Joh. Kals in Liezen, Steiermark.

Erklärung. In Bezug auf das von mir in Nummer 40 d. Bl. gebrachte Eingekendet gegen Herrn A. Brucha, Werkführer der Schuhmaarenfabrik J. D. Marle in Wien, sehe ich mich veranlaßt, nachdem auf mein Ansuchen Herr Brucha so freundlich war, auf dem Wege eines gütlichen Vergleiches einzugehen, folgende Erklärung abzugeben: Ich konstatiere hiermit, daß sämtlich angeführte Schmähungen und Ehrenbeleidigungen auf Unwahrheit beruhen und bedauere, daß ich mich durch falsche Aussagen mehrerer Personen zur Veröffentlichung dieses Traktates hinreißen ließ und kann daher nicht unterlassen, da sich die Grundlosigkeit der Anschuldigungen herausstellte, Herrn Brucha zur Genugtuung für die angeführten Beleidigungen schuldlos zu erklären und ihm seine Ehre wieder zu geben. [80] Leopold Höfner.

Genosse Ferdinand Perlornigg wird freundlichst ersucht, seine Adresse an Unterzeichneten bekanntgeben zu wollen. Schwab, Amstetten.

Geschäfts-Empfehlung.

Gefertigter empfiehlt seine Lokaltäten und Garten „zur Riesin“ in Breitensee, ohne Berechnung, für Vereine, Versammlungen, Gesellschaften, Hochzeiten etc. — Jeden Sonn- und Feiertag gemüthlicher Ball, Tanzen frei. Jeden Montag von 6 Uhr abends an Riesenköd mit Selchfleisch. Für billige gute Speisen und Getränke sorgt bestens Alois Teutschert, Restaurateur. [1.—]

Im Verlage des Genossen Emil Kaler, Graz, Schießstattgasse 2, 2. Stock, ist erschienen:

Sammlung

von sozialpolitischen und damit zusammenhängenden wissenschaftlichen Abhandlungen.

Erscheint in monatlichen Hefen à 7 kr., bei Vorausbezahlung 3 aufeinanderfolgender Hefen 20, 6 Hefen 40, 12 Hefen 80 kr.

Inhalt des zweiten Hefes: „Die neue Gewerbeordnung und die Arbeiter.“

Im Verlage der Volksbuchhandlung Göttingen-Büch ist erschienen:

Die soziale Baukunst.

Preis des ersten Bandes (Hefen 1—13) brochirt 4 Fr. 50 Cent., gebunden 5 Fr. Halbleinwand, ganz Leinwand 5 Fr. 50 Cent.

Berausgeber und Verleger: Franz Moh, Andreas Grosse, August Botldek, Heinrich Hofer, Anton Christoph.

Verantwortlicher Redakteur: Franz Moh.

Druck von W. Jacobi, Wien, Stadt, Schottenting 6.